

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 24. April 1989

Blatt 833

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Erfolgreiche „Wiener Psychiatriereform“ (834/FS: 21.4.)
- Marktams-Jubiläum selbstverständlich Informationsausstellung, nicht Selbstzweck (835/FS: 21.4.)
- Stadtrat Stacher antwortet Präsident Neumann (836/FS: 21.4.)
- 15. Wiener Schultheatertreffen (838/FS: 22.4.)
- 75. Geburtstag von Eduard Sueß (839)
- Bezirksentwicklungsplan Meidling mit den Bürgern (840)
- Messelinie wieder in Betrieb (840)
- Spitalsombudsmann nun auf anderer Telefonnummer (841)
- Wiener Landtag (842-845)
- Wiener Gemeinderat (846 ff.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Am Mittwoch Pressekonferenz über „Anonymverfügung“ (nur FS)
- Von Linie „8“ erfaßt und getötet (nur FS)

Kultur:

- Ehrenring der Stadt Wien für Fritz Eckhardt (837/FS: 21.4.)
- Wiener Vorlesungen mit Ivan Illich (837/FS: 23.4.)
- Pasterk: Kontrollamt ist bei Demel-Haus bereits eingeschaltet (837)
- Am Mittwoch Presseführung durch „Wunderblock“-Ausstellung (nur FS)

Erfolgreiche „Wiener Psychiatriereform“ (2)

Lehren aus der Psychiatriereform für eine Spitalsreform

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Stacher betonte in der Pressekonferenz am Freitag, daß man aus der Psychiatriereform sehr gut Lehren für eine Strukturänderung in den anderen städtischen Krankenanstalten ziehen könne. Wenn man in den Akutspitälern die Zahl der Betten reduzieren wolle, dann müsse man die Außenversorgung verbessern. Es müsse eine Organisation geschaffen werden, die die verschiedenen Leistungen — von den niedergelassenen Ärzten bis zu den sozialen Diensten — bestmöglich koordiniert, damit die Patienten nach einem Spitalsaufenthalt ordentlich betreut werden. Dabei sei die Berücksichtigung der sozialen Komponente besonders wichtig, da es sehr viele alleinstehende alte Menschen gibt, die neben der medizinischen auch eine soziale Betreuung benötigen.

Zum zahlenmäßigen Verhältnis zwischen dem diplomierten Krankenpflegepersonal und Stationsgehilfinnen und -gehilfen stellte der Gesundheitsstadtrat fest, daß die Gehilfinnen und Gehilfen noch 1977 einen Anteil von 37,6 Prozent am gesamten Pflegepersonal hatten, 1988 hingegen in ganz Wien nur mehr 27,9 Prozent. In den städtischen Akutspitälern habe der Anteil 1988 sogar nur mehr 13,1 Prozent betragen.

Zur Solidaritätserklärung der Krankenhausbediensteten der Bundesländer mit ihren Wiener Kollegen und der Unterstützung der Forderung nach 1.800 zusätzlichen Krankenpflegern für die Wiener Spitäler meinte Stacher, er könne die Forderung verstehen, müsse aber doch festhalten, daß die Verhältnisse in Wien wesentlich besser seien als in den anderen Bundesländern. So gebe es im österreichischen Durchschnitt 3,85 Schwestern und Pfleger je 1.000 Einwohner, in Wien seien es jedoch 5,78.

Zum offenen Brief des Präsidenten der Wiener Ärztekammer, Primarius Dr. Michael NEUMANN, an Bürgermeister Zilk und Stadtrat Stacher bemerkte der Gesundheitsstadtrat, er könne diese Empfindlichkeiten nicht recht verstehen. Er habe als Sofortmaßnahmen unter anderen vorgeschlagen

- eine einjährige Probezeit für neue Primärärzte, um ihre organisatorischen Fähigkeiten als Leiter einer Abteilung beurteilen zu können,
- eine klare Dienstzeitregelung für die Primärärzte,
- „Pflegekurse“ für Ärzte auf freiwilliger Basis, da diese Kenntnisse auf der Universität nicht erworben werden können, und
- neue Formen der Teamarbeit an den Stationen.

Natürlich müßten diese Maßnahmen mit den Ärzten und mit der Personalvertretung besprochen werden.

Er verstehe aber nicht, sagte Stacher, was an diesen Maßnahmen so extrem sei, daß es die Vertrauensbasis zwischen ihm als Ressortleiter und den Ärzten stören könnte. Er habe den Eindruck, daß hier mit Gewalt eine Differenz konstruiert werde. In der derzeitigen Situation haben alle — Ärzte, Pflegepersonal und Verwalter — die Aufgabe, gemeinsam wieder das Vertrauen der Patienten zu gewinnen. Wer jetzt Differenzen heraufbeschwöre, schade damit den Patienten und den Spitälern. (Schluß) sc/gg

Bereits am 21. April 1989
über Fernschreiber ausgesendet!
Forts. von Blatt 832

Marktams-Jubiläum selbstverständlich Informationsausstellung, nicht Selbstzweck

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) „Die 'Feier' ist eine Ausstellung zum 150-Jahr-Jubiläum des Wiener Marktams und wird selbstverständlich ebenso wenig wie der geplante Rathausmarkt auf dem Rathausplatz Selbstzweck oder Beweihräucherung sein, sondern soll den WienerInnen einen Überblick über die schließlich nicht so unwichtigen Aufgaben des Marktams, das gleichzeitig Lebensmittelpolizei ist, und über dessen Serviceangebote, zum Beispiel die Beratung der KonsumentInnen sowie die Entgegennahme und Behandlung von Beschwerden bieten. Selbstverständlich aber ist ein solches Jubiläum Anlaß, die Wiener Märkte, aber vor allem die Leistungen des Marktams, die ja allen WienerInnen dienen, populär zu machen und über Serviceangebote verstärkt zu informieren“. Das betonte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER heute, Freitag, gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einer Aussendung der FPÖ-Gemeinderätin Kariotis. „Der entsprechende Antrag wird im Mai dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zur Beschlußfassung vorliegen. Selbstverständlich werden auch die Kosten, voraussichtlich eine Million, nicht vergeudetes Steuergeld sein, sondern große Teile der Ausstellung werden anschließend weiterverwendet, um z. B. die permanent im Marktamsgebäude stattfindende Ausstellung zu ergänzen, die auch von Schulen, z. B. der Berufsschule für Lehrlinge der Stadt Wien, der Fachschule für wirtschaftliche Berufe, der Berufspädagogischen Fachschule und der HTL für Behinderte, besucht wird“, betonte Schirmer.

Die Stadträtin wies auch darauf hin, daß sich die entsprechenden Gremien der Wiener Handelskammer für den „Alt-Wiener Rathausmarkt“, der zur Ausstellungszeit am Rathausplatz stattfinden soll, ausgesprochen haben, und offensichtlich — wie die bisherigen Besprechungen zeigten — gerne daran teilnehmen, sonst wären die Anmeldungen nicht so zahlreich eingelangt. Ebenso gibt es Unterstützung von anderen Institutionen, geplant ist außerdem ein kleines kulturelles Programm.

Gleichzeitig findet die internationale Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Marktwesen im Deutschen Städtetag und des Österreichischen Städtebundes statt. Die Ausstellung in der Volkshalle des Rathauses ist für 13. bis 23. Juni, täglich von 10 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt, geplant, der Markt soll von 13. bis 25. Juni täglich von 10 bis 20 Uhr stattfinden. „Gerade solche Aktivitäten sind ja eine gute Möglichkeit, für das Marktgeschehen zu werben, wie es sich Frau Gemeinderätin Kariotis wünscht. Ich erwarte daher, daß sie aufgrund ihrer eigenen Aussendung dem Projekt ihre Zustimmung gibt“, schloß Schirmer. (Schluß) hrs/gg

Bereits am 21. April 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Stadtrat Stacher antwortet Präsident Neumann

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) In einer weiteren Stellungnahme zum offenen Brief des Präsidenten der Wiener Ärztekammer, Primarius Dr. Michael NEUMANN, erklärte der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Freitag nachmittag, die Regelung der Mindestdienstzeit von Primärärzten sei keine Maßnahme gegen die Primärärzte, sondern schütze sie im Gegenteil gegen eventuelle Vorwürfe, zu wenig im Krankenhaus anwesend zu sein. Klare Regelungen müßten doch im Interesse aller sein. Stacher: „Ich bin sicher, daß auch der Ärztekammerpräsident dagegen keine Einwände hat. Die Mitsprache der Kammer bei Fragen, die die Ärzte betreffen, ist festgelegt und muß daher nicht erst gefordert werden.“
(Schluß) sc/rr

Bereits am 21. April 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Ehrenring der Stadt Wien für Fritz Eckhardt

Wien, 21.4. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte Freitag nachmittag im Rahmen einer Feier im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses an Prof. Fritz ECKHARDT den Ehrenring der Stadt Wien. Zilk würdigte in seiner Rede die Verdienste des 82jährigen als Schauspieler, Autor und Regisseur. Nach seinen Dankesworten übergab Eckhardt an Bürgermeister Zilk einen Scheck in der Höhe von 100.000 Schilling zur Unterstützung bedürftiger Mitbürger.

Der Feier wohnten u.a. Stadtrat Dr. Erhard BUSEK, Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL, Bundesminister a.D. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER und der frühere Polizeipräsident Josef HOLAUBEK bei. (Schluß) red/rr

Bereits am 21. April 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Vorlesungen mit Ivan Illich

Wien, 23.4. (RK-KULTUR) Die nächste Veranstaltung im Rahmen der Wiener Vorlesungen findet kommenden Dienstag, den 25. April, um 19 Uhr im Stadtsenatssitzungssaal des Rathauses statt. Prof. Dr. Ivan ILLICH (Universität Cuernavaca, Mexico) spricht über das Thema „Bildschirm und Traum. Zur Grammatik der Seele zwischen Sprache und Bild“. Moderiert wird die Veranstaltung von Barbara RETT.

Die Wiener Vorlesungen stehen 1989 unter dem Generalthema „Seele — weites Land ...“. (Schluß) ger/bs

Bereits am 23. April 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Pasterk: Kontrollamt ist bei Demel-Haus bereits eingeschaltet

Überprüfung des Zuschusses aus dem Altstadterhaltungsfonds

Wien, 24.4. (RK-KULTUR) Zu einer Aussendung der ÖVP, in der diese die Überprüfung der Zuschüsse aus Mitteln des Altstadterhaltungsfonds in der Gesamthöhe von 4,3 Millionen Schilling an die Christian Demel & Söhne Ges.m.b.H als Erfolg ihrer Oppositionspolitik deklariert, sagte Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“, daß sie diese Überprüfung bereits am 18. April angeordnet hat. Zwar sei diese Überprüfung aufgrund der vorhandenen Unterlagen nicht notwendig, ebenso wenig gebe es aber einen Grund, diese Überprüfung nicht vorzunehmen. Sie bedürfe jedenfalls nicht der von der ÖVP aus durchsichtigen Gründen lancierten Anfrage, um eine derartige Prüfung vornehmen zu lassen, schloß Pasterk. (Schluß) gab/bs

15. Wiener Schultheatertreffen

Wien, 22.4. (RK-LOKAL) „Macht — Ohnmacht“ ist das Schwerpunktthema des 15. Wiener Schultheatertreffens, das vom 24. bis 28. April stattfindet. Hauptsächlich in Eigenproduktionen zeigen Wiener Schülerinnen und Schüler ab dem 8. Lebensjahr in jeweils 15 bis 30 Minuten dauernden Aufführungen ihre Interpretationen zu diesem Thema. Kritisch werden dabei, nicht nur mit klassischem Sprechtheater, sondern auch durch Pantomime, Tanz und Musik, soziale, kulturelle und politische Aspekte unter die Lupe genommen.

Passend zum aktuellen Thema ist auch der Veranstaltungsort: 22., Straße der Menschenrechte 1, Internationale Schule.

Das 15. Wiener Schultheatertreffen findet vom 24. bis 28. April, täglich ab 15.30 Uhr statt. Der Eintritt zu den Veranstaltungen ist frei. (Schluß) jel/gg

Bereits am 22. April 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

75. Todestag von Eduard Sueß

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Eduard Sueß wurde am 20.8.1931 in London als Sohn eines sächsischen Geschäftsmannes geboren. Seine Mutter stammte aus Prag, wohin die Familie bald übersiedelte und wo Sueß seine Studien begann. 1846 folgte die Übersiedlung nach Wien. Hier begann Sueß auf Wunsch seines Vaters ein Studium an der Technischen Hochschule, ohne jedoch einen Abschluß zu erreichen. Das Jahr 1848 sah ihn in der Studentenlegion. Er kam vors Kriegsgericht, der Direktor der Geologischen Reichsanstalt, Wilhelm von Haidinger, verhalf ihm wieder zur Freiheit.

Eine Laufbahn im industriellen Unternehmen seines Vaters interessierte ihn wenig, viel mehr jedoch naturwissenschaftliche und paläontologische Studien. Er trat als Volontär in das Mineralienkabinett des Naturhistorischen Hofmuseums ein und stieg bald zum Kustor auf.

1857 erfolgte seine Ernennung zum ao. Professor für Paläontologie. 1862 übernahm Sueß als ao. Professor die Lehrkanzel für Geologie an der Universität Wien und schied aus dem Museumsdienst aus. Sein im selben Jahr erschienenes Werk „Der Boden der Stadt Wien nach seiner Bildungsweise, Beschaffenheit und seinen Beziehungen zum bürgerlichen Leben“ begründete seinen Ruf als Geologe und bahnte ihm den Weg ins öffentliche Leben.

1863 wurde er in der Leopoldstadt in den Gemeinderat gewählt. Hier regte er den Bau einer Trinkwasserleitung aus den hochgelegenen Quellen des Alpenvorlandes in die des öfteren von Typhus heimgesuchte Stadt an, der nach Überwindung zahlreicher Widerstände auch erfolgt ist (1. Wiener Hochquellenwasserleitung). Weiters setzte er sich besonders für die Regulierung der Donau ein, um Wien vor den immer wiederkehrenden Überschwemmungen zu schützen, ein Plan, der ebenfalls verwirklicht wurde. Im Gemeinderat war Sueß 1863-1873 und 1882-1886 tätig. 1867 zum ordentlichen Professor ernannt, schuf er eine „Schule der Geologie“, seine weit-ausholende zusammenfassende Betrachtungsweise fand in seinem Haupt- und Lebenswerk „Das Antlitz der Erde“, 3 Bde 1883-1909, ihren Niederschlag.

1873 wurde er in den Reichsrat gewählt und war in der Folge ein Vierteljahrhundert lang (bis 1897) als Parlamentarier am linken Flügel der Liberalen Partei tätig. Der Wiener Gemeinderat hatte ihn nach Fertigstellung der Hochquellenwasserleitung am 17. Oktober 1873 zum Ehrenbürger ernannt. Sueß starb am 26. April 1914 in Wien.

Briefmarke und Sonderpostamt

Anlässlich des 75. Todestages von Eduard Sueß erscheint eine Briefmarke (6 Schilling). Erster Ausgabetag ist der 26.4.1989. An diesem Tag wird in den Wiener Wasserwerken (6, Grabnergasse 6) in der Zeit von 8 bis 18 Uhr ein Sonderpostamt eingerichtet. (Schluß) red/rr

Bezirkentwicklungsplanung Meidling mit den Bürgern

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Noch stärker als bisher will Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA die Bürger in den Planungsprozeß auf Bezirksebene einbeziehen.

Bei der Eröffnung der Ausstellung „Bezirkentwicklungsplanung Meidling“ bekräftigte er den Grundsatz der Transparenz der Planung und der frühestmöglichen Information und Beteiligungsmöglichkeit für die Bürger.

„Wir alle müssen erkennen, daß Planung nicht unwiderruflich optimale Entscheidungen von Experten bringen kann, sondern daß jeweils zwischen mehreren Lösungsmöglichkeiten zu entscheiden ist. Dabei müssen wir die Bevölkerung rechtzeitig wie hier in Meidling — bereits mit den Ergebnissen der Strukturanalyse des Bezirks — konfrontieren. Auf dieser Grundlage können dann alle Interessenten ihre Beiträge liefern“, sagte Swoboda.

Der Planungsstadtrat kündigte auch an, daß die Bezirksplanung als Schwerpunkt seines Ressorts durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden soll. Als Beispiele nannte er die Herausgabe von Sondernummern der Zeitung „Unser Wien“ zum Thema Bezirksentwicklung wie sie derzeit in Floridsdorf und in den kommenden Wochen in Meidling jeder Haushalt in den Briefkasten bekommt. Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER sagte anläßlich der Ausstellungseröffnung, daß man sich in diesem Bezirk bereits sehr früh zur aktiven Beteiligung der Bürger in Planungsfragen entschlossen habe. Er verwies auf eines der ersten Wiener Stadterneuerungsgebiete, auf die Beiträge der Meidlinger zur Planung Gürtel, Süd- und Westeinfahrt sowie auf das Ortsplanungsmodell Hetzendorf.

Die Ausstellung im Amtshaus Meidling, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock (Festsaal) gegenüber der U-Bahn-Station Meidling ist bis einschließlich 18. Mai jeweils Dienstag von 10 bis 16 Uhr (ausgenommen 4. und 13. Mai), Donnerstag von 10 bis 20 Uhr und Samstag von 9 bis 13 Uhr (ausgenommen 4. und 13. Mai) bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) lf/gg

Messelinie wieder in Betrieb

Zur „IFABO“ mit Tram und Bus

Wien, 24.4. (RK-LOKAL) In der Zeit vom 25. bis 29. April verkehren während der Öffnungszeiten der IFABO folgende Linien zum Messegelände im Prater:

Die Linie „N“ fährt vom Schwedenplatz bis Prater Hauptallee (Messegelände Südportal). Die Linie „21“ fährt ab Schwedenplatz über Praterstern — Elderschplatz zum West- und Nordportal. Die Linien „10 A“ und „11 A“ fahren zum Elderschplatz (Messegelände Nordportal).

Zusätzlich verkehrt die Linie „81“ zwischen Praterstern und Lagerhauschleife zum Messegelände Westportal und die Linie „82 A“ zwischen Praterstern und Messe Südportal. Damit eine Anbindung an die Straßenbahnlinie „N“ durch die Autobuslinie „82 A“ gewährleistet ist, wird in beiden Fahrtrichtungen in der Kaiserallee vor beziehungsweise nach der Hauptallee eine Haltestelle eingehalten. Diese Messelinie wird in der Zeit von 8.30 bis 18.35 Uhr — am Donnerstag, dem 27. April bis 20.30 Uhr — in einem Zehn-Minuten-Intervall im VOR-Tarif geführt. (Schluß) roh/gg

Spitalsombudsmann nun auf anderer Telefonnummer

Stacher: 880 Anrufe aufgenommen

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Da im Zusammenhang mit den furchtbaren Vorfällen in einer Abteilung des Krankenhauses Lainz in den letzten Tagen wesentlich weniger Anrufe beim Spitalsombudsmann eingelangt sind, ist der Ombudsmann ab sofort nicht mehr auf den dafür extra eingerichteten Nummern 531 14/504 und 531 14/507 zu erreichen. Für Anrufe in Bezug auf das Krankenhaus Lainz steht nun die Nummer 531 14/315 zur Verfügung. Für alle anderen Wünsche, Anregungen und Beschwerden gibt es nach wie vor die „normale“ Ombudsmann-Nummer 533 21 37.

Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Montag vormittag der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mitteilte, sind bis Ende vergangener Wochen 880 Anrufe aufgenommen worden. 642 davon wurden an die Bundespolizeidirektion Wien weitergeleitet. Rund 100 Anrufer lobten Schwestern und Ärzte in Lainz und in anderen städtischen Krankenanstalten oder deponierten beim Spitalsombudsmann verschiedene Anregungen.

Hier eine Auswahl der telefonischen Anregungen:

- Verstärkter Einsatz von auf einen Turnusplatz wartenden Jungmedizern im Pflegedienst;
- Miteinbeziehung von Angehörigen bei der stationären Pflege von alten Patienten;
- Einsatz von mehr diplomiertem Personal, besonders bei der Altenpflege;
- Lockerung der Ruhensbestimmungen und Teilzeitbeschäftigung von pensioniertem Personal;
- mehr Ärztedienste im Nachtdienst;
- verstärkte Heranziehung von älterem Pflegepersonal für die Altenpflege, weil es mehr Verständnis für ältere Menschen hat;
- alle zwei Jahre Wechsel des Pflegepersonals an andere Abteilungen;
- Supervision für das Pflegepersonal;
- Abschaffung des hierarchischen Systems innerhalb der Abteilungen — das leitende Personal muß sich mehr um die Mitarbeiter kümmern;
- unangesagte Kontrollen während der Nachtstunden.

(Schluß) sc/bs

Wiener Landtag

Fragestunde

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Landtages unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP), warum eine bereits zugesagte Novelle des Wiener Baumschutzgesetzes bisher nicht vorgelegt wurde, antwortete Stadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ): Der Entwurf wurde zirka vor einem Jahr vorgelegt und führte zu umfangreichen Diskussionen mit diametral entgegengesetzten Auffassungen.

Die Siedler sind der Ansicht, daß sie sich ohnedies am meisten um den Naturschutz kümmern und daher eine Unterschützstellung ihrer Bäume einen Eingriff in ihre Privatangelegenheiten bedeutet, während die Naturschutzorganisationen heftig eine Unterschützstellung verlangen. Derzeit werde die Möglichkeit einer Regionalisierung beim Baumschutzgesetz untersucht. Die historischen Bundesgärten werden voraussichtlich vom Baumschutzgesetz nicht erfaßt werden. In den dicht bebauten Gebieten der Stadt soll zur Innenhofbegrünung das Baumschutzgesetz jedenfalls angewendet werden.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Mag. KABAS (FPÖ), wie weit die Bemühungen gediehen sind, den Bundesgesetzgeber dazu zu bewegen, die Luxusmehrwertsteuer auf Neuwagen schon vor 1992 zu senken, antwortete Stadtrat Dr. HÄUPL, er strebe, unterstützt von Autofahrerorganisationen und den Städten, an, die Steuersenkung schon vorher durchzusetzen. Man dürfe zwar nicht übersehen, daß es sich dabei um eine Bundesmaterie handelt, aber Wien hat ein ganzes Paket konstruktiver Vorschläge eingebracht. Er gehe davon aus, sagte Häupl, daß eine Diskussion über den Zeithorizont erfolgreich sein werde. Der Stadtrat erläuterte, daß nicht er das Thema Mehrwertsteuersenkung in die Öffentlichkeit gebracht und damit möglicherweise einen Rückstau beim Neuwagenkauf ausgelöst habe, sondern daß dieses Thema vom ÖAMTC öffentlich losgetreten und er als Umweltreferent der größten österreichischen Stadt nach seiner Meinung dazu gefragt wurde. Tatsächlich werde jedenfalls dieses Thema in der Öffentlichkeit diskutiert werden müssen.

Das Bundesumweltverträglichkeitsgesetz werde von Wien als ein geeignetes Instrument gemäß dem Vorsorge- und Verursacherprinzip angesehen, sagte Umweltstadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ) auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. JANK (SPÖ). Diese Gesetzesvorlage erfülle eine langjährige Forderung der Länder und Gemeinden und solle ein integrierter Verfahrensbestandteil bei der Genehmigung von Projekten werden. Zu diskutieren sei allerdings die Problematik verfassungsrechtlicher Abgrenzungen und die Länderkompetenzen. Grundsätzlich stehe Wien dieser Gesetzesvorlage aber außerordentlich positiv gegenüber.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. Dr. NEUBERT (ÖVP) nach einem flächendeckenden Warn- und Alarmsystem in Katastrophenfällen erklärte StR. Dr. HÄUPL, die Magistratsdirektion habe gemeinsam mit der Bundespolizeidirektion Wien ein provisorisches System zur Warnung der Wiener Bevölkerung im Katastrophenfall mit Hilfe von mobilen Warneinrichtungen und der Nutzung der Haltestellenlautsprecher der Verkehrsbetriebe erarbeitet. Eine Ausschreibung für ein flächendeckendes Sirenenwarn- und Alarmsystem werde in Kürze stattfinden. In der nächsten Sitzung des Zivilschutzverbandes werde es außerdem eine Erläuterung der Katastrophenpläne geben, kündigte Häupl an. Fragen des Zivilschutzes seien sehr ernst zu nehmen, sagte Häupl auf eine Zusatzfrage, werden in der Öffentlichkeit aber nach wie vor unterschätzt. So sei die Bevorratung in Haushal-

ten äußerst gering. Man müsse gemeinsam, schloß Häupl, das Bewußtsein für die Notwendigkeit von Zivilschutzmaßnahmen wecken.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. Brunhilde FUCHS (SPÖ), ob es möglich sein wird, in die kommende Bauordnungsnovelle Verbesserungen für Behinderte einfließen zu lassen, sagte Stadträtin Christine SCHIRMER (SPÖ), daß sie laufend um derartige Verbesserungen bemüht sei. Es wurde ein eigener Arbeitskreis ins Leben gerufen, in den die Interessensvertretungen der Behinderten eingebunden sind. An konkreten Maßnahmen sind unter anderem rollstuhlgerechte Türen und stufenlose Zugänge zu den Aufzügen in neuen Häusern vorgesehen. Solche Maßnahmen für die Behinderten kommen überdies auch der älteren Bevölkerung zugute.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. Mag. KARL (ÖVP), in wievielen Fällen seit dem Inkrafttreten des neuen Wiener Tierschutz- und Tierhaltungsgesetzes mit 1. Jänner 1988 Übertretungen gegen die Leinen- und Maulkorbpflicht mit Verwaltungsstrafen geahndet wurden, sagte StR. SCHIRMER, daß es 1988 bei einem Bestand von 54.000 Hunden rund 1.000 Anzeigen gegeben habe. 1981 sind es 2.000 Verfahren bei 58.000 Hunden gewesen. Dieser Rückgang läßt auf ein erhöhtes Verantwortungsgefühl der Hundebesitzer schließen.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. LEHNER (SPÖ), welche Maßnahmen getroffen werden, um vergnügungssteuerpflichtige Tanzveranstaltungen zu erfassen, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß derartige Überprüfungen von der Revisionsstelle der MA 4 vorgenommen werden. Weiters werden Veranstaltungskalender und Veranstaltungsorte in den Bezirken überprüft.

Mit der Novelle zum Fernwärmeförderungsgesetz sei die Förderung der Fernwärme in Wien nicht in ausreichendem Maße geregelt, sagte Stadtrat HATZL (SPÖ) in Beantwortung der ACHTEN ANFRAGE von LAbg. WOLLER (SPÖ). Immerhin gebe die Novelle entgegen den ursprünglichen Befürchtungen die Möglichkeit, im Sinne umweltfreundlicher Heizungen weiterzuarbeiten. Die „Kraft-Wärme-Kupplung“ wurde „nach hartem Ringen“ nicht aus der Förderung gestrichen, stellte Hatzl fest. Die ursprüngliche Rahmensumme von acht Milliarden Schilling wurde auf elf Milliarden für ganz Österreich ausgeweitet. Das gebe aber nur die Möglichkeit, bereits eingereichte Projekte zu realisieren. In den nächsten Jahren seien keine Zusatzförderungen zu erwarten.

Verabschiedung von Stadtrat Dr. Busek

Nach der Fragestunde meldete sich Landeshauptmann Dr. ZILK zu Wort. Er gab bekannt, daß Stadtrat Dr. BUSEK (ÖVP) sein Amt als Stadtrat und Mitglied der Wiener Landesregierung nach 13jähriger Tätigkeit für Wien niedergelegt habe, um in die Bundesregierung zu wechseln. Busek, 1941 geboren, war bereits von Beginn seiner politischen Tätigkeit an in einer Reihe wichtiger Funktionen mit nachhaltigem Einfluß vor allem im Bereich des Wirtschaftslebens tätig, sagte Zilk. 1976 wurde Busek Stadtrat, 1978 bis 1987 war er Vizebürgermeister von Wien.

„Sie waren mehr als ein Bunter Vogel“, wandte sich Zilk direkt an Busel. „Ihre Tätigkeit hat in Wien Akzente gesetzt. Sie gehören zu jenen Persönlichkeiten, die durch ihr Engagement starken Einfluß auf die Wiener Politik ausgeübt haben.“ Die Opposition müsse ihre Ideen zwar nicht durchsetzen, stelle aber eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie dar. Eine Reihe dieser Ideen wurde jedoch gemeinsam realisiert. „Sie waren ein unangenehmer, weil intellektuell und rhetorisch brillanter Gegner. Aber, um einen Schlagertext zu zitieren: Ich hab' mich so an Sie gewöhnt. Sie werden mir fehlen.“

Forts. von Blatt 842

Forts. auf Blatt 844

Abschließend hob Zilk hervor, daß Busek angekündigt habe, in seiner Tätigkeit in der Bundesregierung weiterhin die Interessen Wiens vertreten zu wollen. Da gebe es viel zu tun: so das Projekt Messepalast, die Reorganisation der Bundesmuseen oder den Ausbau der Forschung. Der Landeshauptmann schloß mit den besten Wünschen an den neuen Bundesminister für viel Erfolg in seiner künftigen Tätigkeit.

Bericht zur Grünlanddeklaration

Umweltstadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ) legte den Bericht zur Grünlanddeklaration vor. Im Zusammenhang damit erklärte Häupl, daß es in der Stadtentwicklung und in der Grünlandpolitik Zielkonflikte im Hinblick auf die unterschiedlichen Nutzungsinteressen gebe. So stehe bisweilen die notwendige Nutzung für Wohnbau und Betriebsansiedlungen im Gegensatz zu den ebenso notwendigen Interessen von Erhaltung, Schaffung und Bewirtschaftung von Grünflächen. Auf der Basis des Stadtentwicklungsplanes sei es notwendig, diese Zielkonflikte möglichst zu beseitigen.

LAbg. Mag. KABAS (FPÖ) erklärte, daß die Konflikte zwischen Wohnraumbeschaffung und Grünlandpolitik künstlich forciert würden. Vorrang sollte nämlich die Stadterneuerung haben. Mit dem vorliegenden Bericht zur Grünlanddeklaration sei eine Chance vertan worden, der Bevölkerung klarzumachen, welche Anstrengungen in Wien zu einer positiven Grünlandpolitik unternommen werden müssen. Für ihn, so Kabas, sei der Bericht ein Torso. Es fehlten sowohl ein Durchführungs- als auch ein Kosten- und Finanzierungsplan zur Grünlanddeklaration. Außerdem finde sich in dem Bericht keine umfassende Darstellung der nächsten Schritte in der Grünlandpolitik. Weiters fehlten eine Beschreibung des Zustandes des Wienerwaldes, Details über die Innenhofbegrünung sowie ein Kapitel über den Nationalpark Ost. Der Luftbericht, auf den verwiesen wird, liege noch immer nicht vor. Außerdem fehlten Hinweise, in welchen Bereichen die Grünlanddeklaration nicht eingehalten werde, wie zum Beispiel bei der Verbauung der Schmelz.

Aus den erwähnten Gründen lehne die FPÖ den Bericht zur Grünlanddeklaration ab, schloß Kabas.

LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP) meinte, Grünraumpolitik sei konfliktträchtig, dies gehe aber aus dem Bericht nicht hervor, alle Probleme seien ausgeklammert. Als aktuelle Beispiele nannte Hawlik Fragen im Zusammenhang mit geplanten Einkaufszentren, der geplanten Weltausstellung, der Entwicklung der Quellenschutzwälder und dem Zustand des Wienerwaldes. Am Beispiel der geplanten Verbauung der Schmelz zeige sich, daß die Stadt Wien bei Interessenskonflikten dem Grünland nicht den Vorrang gebe, wie es in der Grünlanddeklaration vorgesehen sei. Dr. Hawlik warf der Regierungspartei vor, sich nicht der Diskussion zu stellen. Weiters urgierte er die Schaffung eines Grünlandfonds.

LAbg. REITER (SPÖ) widersprach Hawlik und betonte, daß bei Interessenskonflikten dem Grünland sehr wohl Vorrang eingeräumt werde. Und der Bericht drücke das Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie deutlich aus. Er enthalte alle Maßnahmen, die von Bedeutung sind, und gehe auch sachlich auf die „kleinen Dinge“ ein. An positiven Beispielen nannte Reiter die Maßnahmen im 23. Bezirk sowie in Floridsdorf und besonders am Bisamberg.

LAbg. Rosemarie WALLNER (ÖVP) verwies darauf, daß in den letzten 20 Jahren jährlich rund 50 Hektar an landwirtschaftlichen Flächen in Wien verloren gegangen seien. In der Landwirtschaft herrsche eher ein großes Mißtrauen. Eine widmungsmäßige Absicherung der landwirtschaftlich genutzten Grundflächen sei nötig, denn Grund und Boden seien für die Bauern eine Produktionsgrundlage. Die Grünpolitik der Stadt müsse eine

Forts. von Blatt 843

Forts. auf Blatt 845

funktionierende Landwirtschaft ermöglichen, und der Verdrängungsprozeß der Wiener Landwirtschaft müsse gestoppt werden.

LABg. Josefa TOMSIK (SPÖ) verwies darauf, daß bei zwei Drittel aller Flächenwidmungsänderungen der Grüngedanke im Vordergrund gestanden sei. An positiven Maßnahmen der letzten Jahre erinnerte Tomsik an die Innenhofbegrünungsaktionen, an die Alleensanierungen und bedauerte, daß es trotz intensiver Forschungen noch nicht gelungen sei, die Ursachen des Eichensterbens im Wienerwald wissenschaftlich zu erforschen.

3. Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) nannte den Bericht eher einen Jubelbericht als einen Problebericht. Ein derartiger Bericht sollte die Probleme und die Konfliktbereiche aufzeigen. Dieser Bericht enthalte nichts Kritisches, nichts Selbstkritisches und sei daher kaum eine Grundlage für eine weitere Diskussion. Dennoch, so Welan, sei in den letzten Jahren Positives geschehen.

Dazu zählte Welan die Sanierung der Kleingartengebiete, die Maßnahmen zur Lobauverordnung, die Alleensanierung und die Verbesserung der Grünversorgung in machen Teilen des inneren Stadtgebietes. Für die weitere Planung genüge es aber nicht, veraltetes Datenmaterial heranzuziehen. Welan wünschte sich einen rigorosen Vollzug der Gründlanddeklaration und verwies auf die noch zu lösenden Probleme etwa bei der Deponie Rautenweg, im Industriezentrum im Süden von Wien, bei der geplanten Weltausstellung, beim Wienerwald und bei der Nationalpark-Frage.

StR. Dr. HÄUPL wehrte sich in seinem Schlußwort gegen den Vorwurf der Diskussionverweigerung zum Thema Schmelzverbauung. Es habe ausführliche und öffentliche Diskussion gegeben, er vertrete eben eine andere Auffassung als die Bürgerinitiative, und das geforderte Umweltveto wäre gesetzwidrig gewesen. Zur Situation der Wiener Landwirtschaft meinte Dr. Häupl, das Mißtrauen, das LABg. Wallner ausgedrückt habe, sei übertrieben. Andererseits, so Häupl, sei die von ihr vertretene rationelle Bewirtschaftung ohne Einschränkungen mit dem Begriff der Öko-Sozialen Landwirtschaft nicht vereinbar. Hier gebe es offensichtlich einen Zielkonflikt, der ausdiskutiert werden müsse. Der Bericht verdiene die Abqualifizierung als Jubelbericht nicht, sagte Häupl, da dieser Bericht viel Kritik und Selbstkritik enthalte.

ABSTIMMUNG: Der Bericht zur Gründlanddeklaration 1986 wurde mit den Stimmen der SPÖ zur Kenntnis genommen.

Die Sitzung des Landtages schloß um 11.55 Uhr. (Schluß) red

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates unter dem Vorsitz von Gemeinderätin Eveline ANDRLIK (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. GINTERSDORFER (FPÖ), wie weit die Vorbereitungsarbeiten für das Mozart-Jahr 1991 gediehen sind, antwortete Stadträtin Dr. Ursula PASTERK (SPÖ) mit einem Überblick über das bisher geplante Programm. Auftakt soll eine Ausstellung des Historischen Museums im Künstlerhaus sein. Themen werden das letzte Lebensjahrzehnt Mozarts in Wien und Mozarts europäische Dimension sein. Am 6. Jänner 1991 ist ein Eröffnungskonzert mit dem Titel „Mozart gehört der Welt“ geplant. Im Musikverein, im Konzerthaus, in der Augarten-Manufaktur, in der Staatsoper, in der Volksoper sowie im Rahmen des Wiener Musiksommers sind Veranstaltungen vorgesehen. Den Abschluß bildet eine Requiem-Aufführung am 6. Dezember 1991. Es wird außerdem Symposien, Kongresse, Projekte für Kinder und Amateur-Kammermusik-Veranstaltungen geben. Das Wiener Zusatzprogramm für das Mozart-Jahr wird innerhalb des nächsten Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. GOLLER (ÖVP), warum sie nicht in Erwägung ziehe, den Zuschuß aus dem Altstadterhaltungsfonds für das Demel-Haus durch das Kontrollamt überprüfen zu lassen, antwortete StR. Dr. PASTERK, sie habe sich am 18. April dazu entschlossen, das Kontrollamt um eine Untersuchung zu bitten. Es habe bereits damit begonnen.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. SEVCIK (SPÖ), welche Maßnahmen die Stadt Wien ergreift, damit das bei Tiefbauvorhaben gefundene kulturelle Erbe nicht zerstört werde, antwortete Stadträtin Dr. PASTERK, daß diesem Ziel durch eine Neuorganisation der Kompetenzen ebenso Rechnung getragen wurde wie durch das Einwirken der Stadt auf den Inhalt des Denkmalschutzgesetzes und durch die Einsetzung eines eigenen Stadtarchäologen. Nun soll ein archäologischer Fundkataster erstellt werden, damit bei künftigen Bauvorhaben Schäden an historischem Bestand vermieden werden können. Als Beispiele erfolgreicher Stadtarchäologie nannte Pasterk die Einbeziehung der Stadtmauer bei der Wollzeile in die U-Bahn-Station, den Ludwigschor neben der Michaelerkirche, die Ausgrabungen auf der Freyung, die alte Freitreppe des Schlosses Schönbrunn und das Kindermassengrab in Heiligenstadt.

Das 3. Festival „Töne und Gegentöne“ sei ein Publikumshit gewesen, sagte Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK (SPÖ) auf die VIERTE ANFRAGE von GR. KAMMERER (SPÖ). Von den rund 6.100 Karten für die 13 Konzerte in der Secession wurde über 90 Prozent verkauft, die zwei Konzerte im Messepalast haben rund 2.000 Besucher angelockt. Es habe sogar nach Möglichkeit Wiederholungskonzerte gegeben. Auch die Kartenbons sind gut angekommen. Töne und Gegentöne werde im Frühjahr 1991 wieder stattfinden.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Karin LANDAUER (FPÖ), inwieweit promovierte Jungärzte verstärkt im Pflegedienst eingesetzt werden könnten, erklärte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß diese Jungärzte, da sie keine Pflegeausbildung hätten, nur als ungeprüfte Stationsgehilfen angestellt werden könnten. Seit 1982 gebe es 60 Ärzte im Pflegedienst, ab 1. Mai bis 30. September könnten weitere 50 im Pflegedienst eingesetzt werden. Man müsse sich aber darüber im klaren sein, daß dies kein Ersatz für diplomierte Krankenschwestern sein könne. Zu der Zahl von 1.800 fehlenden Krankenpflegern und -schwestern sagte Stacher, diese basiere auf einer Gewerkschaftsforderung. Obwohl zusätzliche Planstellen unbestritten nötig seien, sei die Zahl 1.800 zu überprüfen. Zur Attraktivierung des

Berufes der diplomierten Krankenschwester betonte Stacher, man müsse der Tatsache ins Auge sehen, daß ohne Personalvermehrung nicht möglich sei, daß das Krankenpflegepersonal mehr Zeit für die Patienten aufwenden könne. Um mehr Personal habe er, unterstrich Stacher, sich seit Jahren bemüht.

Die Innenrevision im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgarten habe, sagte Stacher auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP), ergeben, daß trotz dezidiert Weisungen der MA 17 an den zuständigen Abteilungsvorstand nicht alle Patienten, die die Nacht im Psychiatrischen Krankenhaus verbracht hätten, stationär aufgenommen worden seien. Als Argument werde angeführt, daß eine Abgrenzung besonders schwierig sei. Man habe den zuständigen Abteilungsvorstand nachdrücklich angewiesen, in jedem Fall eine stationäre Aufnahme durchzuführen und strebe mit dem Sozialversicherungsträger eine Regelung für eine teilstationäre Behandlung an.

Er sei damit einverstanden, erklärte Stacher, dem Gesundheitsausschuß die Berichte der Medikamentenkommission vorzulegen, mache aber darauf aufmerksam, daß eine Differenz zwischen dem Soll- und dem Iststand an Medikamenten in einer Abteilung nicht aussagekräftig sei. Seit über zwei Jahren erhalte jeder Abteilungsvorstand eine monatliche Computerliste über den Medikamentenverbrauch seiner Abteilung, den er verantworten müsse. Man könne keinen Abteilungsvorstand und auch keinen Arzt aus seiner diesbezüglichen Verantwortung entlassen, unterstrich Stacher.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Mag. Ruth BECHER (SPÖ), für welche Projekte das Budget für Frauenprojekte verwendet wird, sagte Stadträtin Christine SCHIRMER (SPÖ), daß heuer erstmals 800.000 Schilling für diesen Bereich zur Verfügung stehen. Es gibt bisher 18 Ansuchen, davon zehn mit konkreten Zahlenangaben, die in der Summe bereits den Voranschlag überschreiten würden. Drei Projekte, bei denen auch die soziale Komponente im Vordergrund steht, wurden bereits bewilligt.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Mag. KARL (ÖVP), wie konkret die Überlegungen seien, den Standort der Sporthauptschule Hermann-Broch-Gasse an eine andere Stelle in Meidling zu verlegen, um das Gebäude für die Volksschule Hetzendorf verwenden zu können und sich einen Neubau in der Rohrwassergasse ersparen zu können, sagte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL, daß die Hauptschule nicht verlegt wird. Der Neubau der Volksschule Rohrwassergasse ist angesichts der Bevölkerungssituation im Bereich Hetzendorf absolut notwendig und wird demnächst begonnen. Das Naturbiotop, für das sich eine Bürgerinitiative eingesetzt hat, soll dabei erhalten werden.

Die im September 1988 in der Lebensmitteluntersuchungsanstalt eingerichtete Beratungsstelle für Lebensmittelhygiene und natürliche Ernährung wurde von der Bevölkerung über alle Erwartungen hinaus hervorragend angenommen. Dies antwortete StR. Christine SCHIRMER (SPÖ) auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. MENTSCHIK (SPÖ).

Die Anzahl der Anfragen ist 1989 gegenüber dem Vorjahr um rund 300 Prozent gestiegen, heuer wurden bereits 1.274 telefonische und persönliche Beratungen durchgeführt. War ursprünglich eine Einzelperson für die Beratung vorgesehen, steht heute bereits ein ganzes Team zur Verfügung. Die meisten Fragen betreffen die Themenkreise Biogemüse, Inhalts- und Zusatzstoffe in Lebensmitteln, Wurstzusammensetzung sowie Cholesterin und Nitratrückstände in Lebensmitteln. Zu den wichtigsten Themen sollen in Zukunft auch Vorträge für Schüler, Berufsgruppen und andere Personengruppen gehalten werden, kündigte Schirmer an.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Maßnahmen er getroffen habe, um die Einhaltung der Bestimmungen des

Forts. von Blatt 846

Forts. auf Blatt 848

Krankenpflegegesetzes in bezug auf den Tätigkeitsumfang der Stationsgehilfinnen zu gewährleisten, antwortete StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER, es werde seit Jahren alles dazu getan. Der wichtigste Punkt in diesem Zusammenhang sei die Erhöhung der Anzahl der diplomierten Krankenschwestern gegenüber den Stationsgehilfinnen. Fanden um 1975 noch 90 bis 120 Diplomierungen jährlich statt, sind es derzeit 420 bis 430. 1976 gab es 3.914 diplomierte Krankenschwestern, heute sind es 5.993. Demgegenüber ist die Anzahl der Stationsgehilfinnen von 1.710 auf 901 zurückgegangen. Damit ist der Anteil der Stationsgehilfinnen am Pflegepersonal an den Akutanstalten der städtischen Krankenhäuser von 30 auf 13 Prozent reduziert worden. Dieser Prozentsatz beträgt für ganz Wien inklusive der Privatspitäler, wo der Anteil der Stationsgehilfinnen wesentlich höher ist, 27,9. Bei der Anzahl der diplomierten Pflegepersonen pro Bett liegen die Wiener städtischen Spitäler österreichweit an der Spitze.

Stacher verwies darauf, daß die Vorschriften des Bundesgesetzgebers nicht immer ganz klar und durchführbar sind. So habe es beispielsweise einen Erlass gegeben, der diplomierten Krankenschwestern untersagte, Infusionen umzustecken, was den Betrieb unmöglich gemacht hätte. Erst nach langwierigen Verhandlungen wurde dieser Erlass modifiziert. Er werde darauf dringen und habe dies auch bereits in Gesprächen mit den Ministern Löschnak und Ettl getan, daß die Gesetze realistischer und praxisbezogener formuliert werden, sagte Stacher.

Im Gesetz werde nicht ausdrücklich angeführt, ob Stationsgehilfinnen subkutane Injektionen geben dürfen oder nicht. Auf den Hinweis Hirnschalls in einer Zusatzfrage, daß in der Ersten Medizinischen Abteilung in Lainz im Gegensatz zum Wiener Durchschnitt das Verhältnis zwischen diplomierten Schwestern und Gehilfinnen nur 1:1 sei, verwies Stacher darauf, daß seit 1979 die Anzahl der Betten in dieser Abteilung von 168 auf 95 reduziert wurde, während die Anzahl der diplomierten Krankenschwestern von 30 auf 39 erhöht wurde. Stacher stimmte Hirnschall zu, daß die Verwendung von Jungärzten in Spitälern, die zum Beispiel keinen Pflegedienst machen dürfen, überdacht und eventuell neu geregelt werden sollte.

Bericht der Psychatriekommission

GR. Herta SLABINA (SPÖ) legte dem Gemeinderat den Bericht der Psychatriekommission vor. Die Kommission, die aus acht Mitglieder besteht, hat seit 1983 laufend die verschiedenen Einrichtungen der Psychiatrie besucht und bei allen legislativen Problemen beratend gewirkt. Als Grundlage für die Arbeit der Kommission diente der 1979 vom Gemeinderat einstimmig beschlossene Zielplan. Bei Besuchen auf der Baumgartner Höhe und im Krankenhaus Ybbs konnten umfassende Veränderungen in personeller und räumlicher Hinsicht festgestellt werden. Die Zusammenarbeit mit den Psychosozialen Diensten funktioniert gut, die Aufenthaltsdauer der Patienten konnte verkürzt werden, und die neue Station im Kaiser-Franz-Josef-Spital hat sich bewährt.

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) wies auf die Ausgangssituation der Reform vor zehn Jahren hin. Auf der Baumgartner Höhe seien damals 100 bis 150 Patienten auf Strohsäcken im Keller untergebracht gewesen. Sehr viele Patienten verbrachten 20, 30 Jahre, manche sogar mehr, im Psychiatrischen Krankenhaus, obwohl es gar nicht notwendig gewesen wäre. Stacher nannte einige Zahlen: 1978 waren auf der Baumgartner Höhe und in Ybbs über 3.100 Patienten stationär untergebracht, heute sind es unter 1.000. 1978 waren 17,4 Prozent freiwillige Aufnahmen, heute sind es 66,6 Prozent. Das bedeutet, so Stacher, daß die Angst der Patienten vor einer Aufnahme ins Psychiatrische Krankenhaus deutlich zurückgegangen ist. Der Patienten-Mitarbeiter-Schlüssel hat sich verdreifacht, und die Zahl der Langzeitpatienten ist um 60 Prozent gesunken. Entgegen den ursprünglichen Befürchtungen hat sich der Prozent-

Forts. von Blatt 847

Forts. auf Blatt 849

Forts. von Blatt 848

anteil bei der sogenannten „Drehtür-Psychiatrie“, gemeint sind Patienten, die in rascher Folge immer wieder zurückkommen, nicht vergrößert. In diesen zehn Jahren ist die außerstationäre Betreuung verwirklicht worden. Die Psychosozialen Dienste betreuten bisher 18.000 Patienten, mit 100.000 Patientenkontakten jährlich. In der Übergangspflege werden 3.000 ältere Patienten zuhause betreut. Diese Zahlen, so Stacher, beweisen die Erfolge der Psychiatriereform und bieten für die weitere Entwicklung des Gesundheitswesens einige Lehren. Die politische Einigkeit habe die Reform unterstützt, der Zielplan habe sich bewährt, die Motivation aller Betroffenen habe funktioniert, und die Erfahrung zeige, daß eine Reform der Spitäler nur bei einer vorbereiteten Reform der Außenversorgung funktioniert.

Aus aktuellem Anlaß meinte Stacher zur Spitalsreform, sowohl eine Verkürzung der Verweildauer als auch eine Verbesserung der Situation der alten Menschen sowie eine weitere Bettenreduzierung seien nur möglich, wenn vorher die Außenversorgung, z.B. Soziale Dienste, Mobile Schwestern, verstärkt worden ist. Außerdem müsse, vor allem bei älteren Menschen, die soziale Komponente miteinbezogen werden. Die Regionalisierung auf freiwilliger Basis ermögliche ein gutes Arzt-Patienten-Verhältnis.

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) lobte den Erfolg und den vorbildlichen Charakter der Wiener Psychiatriereform. „Es sollte versucht werden, in den anderen Bundesländern nach dem Wiener Modell zu arbeiten“, sagte Karin Landauer. Sie verlangte, daß die Leistung niedergelassener Nervenärzte und Psychiater auf Krankenschein in Anspruch genommen werden könne. Dies sei unbedingt notwendig, um die durch die Psychiatriereform gute psychiatrische Betreuung noch wirkungsvoller zu machen. Sie kritisierte, daß trotz gestiegener Zahlen bei den Patientenkontakten der Personalstand bei den psychosozialen Diensten zurückgegangen sei. Dies gehe auf Kosten der Patienten, und dieser Tendenz müsse entgegengesteuert werden. Notwendig wäre auch eine intensivere fachliche Aus- und Weiterbildung sowie eine psychische Betreuung des Personals. Als unbefriedigend bezeichnete Landauer die Tatsache, daß die Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation im Kuratorium Psychosoziale Dienste nicht vertreten sei.

GR. Hilde SCHILLING (ÖVP) meinte, die Psychiatriereform habe sich positiv entwickelt, und viele Patienten können jetzt ein menschenwürdiges Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten. Die Toleranz gegenüber Behinderten und psychisch Kranken sei in der Öffentlichkeit gestiegen. Die Psychiatriekommission solle weiter zur Bewußtseinsbildung beitragen. Gute Eindrücke habe sie, Schilling, von Besuchen im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs und in der Psychiatrischen Abteilung des Franz-Josef-Spitals gewonnen, während ihre Erfahrungen im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe weniger zufriedenstellend seien. Räumliche und therapeutische Ressourcen würden aus Personalmangel nicht benützt. Der Spitalsbetrieb richte sich zu wenig nach den Bedürfnissen der Patienten.

Für die psychiatrische Pflege stünden Ausbildungskapazitäten zur Verfügung, die nicht genützt würden. Für leitendes Pflegepersonal sollte es einen Fortbildungsurlaub geben. Verbesserungen sollte es bei der Übergangspflege geben. Absolventen der Sozialakademie sollten ihr Praktikum beim Psychosozialen Dienst ableisten können.

Jedes Gemeinderatsmitglied und jeder Wiener könne während der Besuchszeit jedes Wiener Spital besuchen, sofern nicht ein Arbeitsablauf gestört wird, sagte GR. DINHOF (SPÖ). Zum Wunsch der Patientenorganisation HPE, Mitglied im Vorstand des Psychosozialen Dienstes zu werden, sagte Dinhof, es gebe laufend Gespräche mit dieser Organisation. Laut Gemeinderatsbeschluß und Statuten des PSD sei eine Mitgliedschaft im Vorstand aber nicht möglich.

Forts. auf Blatt 850

Forts. von Blatt 849

Ab Mitte der 90er Jahre werde es in Wien wesentlich mehr ältere Menschen als heute geben. Ein Ziel der Psychiatriereform müsse auch die Werbung um Verständnis für psychisch erkrankte Menschen und behinderte Personen sein.

Man habe mit der Psychiatriereform Versäumnisse vergangener Jahre aufgeholt, sagte GR. Dr. RASINGER (ÖVP). Trotzdem gebe es noch wichtige Punkte, bei denen Verbesserungen erzielt werden müßten, wie zum Beispiel:

- Vermeidung von Parallelitäten in der Arbeit von niedergelassenen Ärzten, Psychiatern und dem PSD
- keine Einschränkung der Wahlmöglichkeiten bei der Behandlung beziehungsweise dem Behandlungsort
- Vermeidung von überraschenden oder zu raschen Entlassungen und Problemen bei der stationären Aufnahme von Patienten zugunsten der Statistik
- Ausbildung von mehr Psychiatern in Wien
- Psychotherapie als Kassenleistung
- eine psychiatrische Ausbildung von praktischen Ärzten in der Dauer von drei Monaten auf Psychiatrischen Abteilungen
- eine Verstärkung der internen Qualitätskontrolle und
- höhere Gehälter für Abteilungsvorstände.

Rasinger machte auf die Gefahr eines Kreativitätsdefizits bei der Fortschreibung der Psychiatriereform aufmerksam und forderte die dritte Stufe des Zielplanes ein.

Die frühere ÖVP-Stadträtin Dr. KUBIENA habe, erklärte GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) die Psychiatriereform einmal als „Stachers Erzählungen“ bezeichnet. Nun seien diese handfeste Realität geworden und konsequent durchgeführt worden. Erkenntnisse über Hospitalisierungsschäden sprächen für eine rasche Entlassung von Patienten, widersprach Stubenvoll ihrem Vorredner. Die Psychiatriereform sei aber nicht nur eine Reform der Krankenhäuser und der Behandlungsmethoden gewesen, sondern auch eine der Gesellschaft. Diesbezüglich werde man noch wichtige Öffentlichkeitsarbeit zu leisten haben, denn rund 15 Prozent der gesamten Bevölkerung weisen psychische Störungen auf. Die Weiterarbeit an der Psychiatriereform sei auch eine Weiterarbeit an der Verbesserung der psychohygienischen Verhältnisse in der Gesellschaft, schloß Stubenvoll.

Es hänge nicht von ihm ab, zog Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER Bilanz über die Debatte, ob die HPE in den Vorstand des Kuratoriums psychosozialer Dienste berufen werde. Dies sei nur nach einer Änderung des vorliegenden Gemeinderatsbeschlusses und der gesamten Statuensituation des Kuratoriums möglich.

Man habe beim Beginn der Psychiatriereform eine Durchführungszeit von 15 bis 20 Jahren prognostiziert, nun sei sie bereits nach zehn Jahren erfolgreich durchgeführt und Realität, zog Stacher Bilanz. Man könne stolz auf ein dichtes Netz von Einrichtungen sein, das eine erstklassige psychiatrische Versorgung der Bevölkerung unabhängig von deren sozialen Status garantiere. Zu Parallelitäten bei der Betreuung von Patienten meinte Stacher, psychisch kranke Menschen hätten Bedürfnisse sowohl in medizinischer als auch sozialer Hinsicht. Psychiater und praktische Ärzte trügen die Verantwortung für die medizinische Betreuung, der PSD Sorge für die Abdeckung sozialer Notwendigkeiten. Insofern müsse diese Parallelität gegeben sein. Zur Ausbildung von mehr Psychiatern in Wien sagte Stacher, die Stadt Wien habe die Ausbildungsstellen vermehrt und sei außerordentlich interessiert an mehr Fachärzten für Psychiatrie. Es sei allerdings nicht möglich, sagte Stacher, im Rahmen der derzeitigen Ausbildung von Turnusärzten zusätzliche drei Monate für eine psychiatrische Ausbildung aufzuwenden. Dies würde die Schlange der wartenden promo-

Forts. auf Blatt 851

vierten Jungärzte auf einen Turnusplatz verlängern. Er unterstütze auch die Forderungen nach besserer Bezahlung für die Primarii, sagte Stacher. Zur dritten Stufe der Psychiatriereform erklärte der Gesundheitsstadtrat, dies sei die Phase, in der Detailarbeit geleistet und die Koordination verbessert werden müsse. In dieser dritten Phase werde die Zusammenarbeit aller bei der psychiatrischen Betreuung intensiviert, die Ausbildung des Personals verbessert und um noch mehr Verständnis für psychisch kranke Menschen geworben werden müssen, schloß Stacher.

Die Besuche der Psychiatriekommission, erklärte GR. Herta SLABINA (SPÖ), erfolgen unangemeldet. Man müsse dafür Verständnis haben, sagte die Vorsitzende der Psychiatriekommission, daß ausführliche Einzelgespräche während des laufenden Arbeitsprogrammes zusätzlich nicht möglich seien. Auch die Befragung von Patienten wirke oftmals verunsichernd. Die Kommission werde alle in die Debatte eingebrachten Vorschläge prüfen, schloß Slabina.

ABSTIMMUNG: Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Institut für Umweltmedizin

GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) beantragte neue Tarife für Untersuchungen des Institutes für Umweltmedizin. Technische Veränderungen hätten einerseits eine Verbilligung bewirkt, andererseits entstünden durch verbesserte Untersuchungsmethoden beträchtliche Preiserhöhungen.

GR. Mag. KARL (ÖVP) sagte, wer die Tarifpolitik der Stadt Wien kenne, müsse angesichts gewaltiger Tarifierhöhungen mißtrauisch sein. Er kritisierte, den Akt und auch den Ergänzungsakt viel zu spät erhalten zu haben. Die Gründe für die Tarifierhebung müßten klar definiert werden, und da dies nicht der Fall sei, werde seine Partei den Antrag ablehnen.

GR. Ilse FORSTER (SPÖ) bedauerte, daß die Akten der ÖVP zu spät zugegangen sind. Man werde sich künftig bemühen, Unterlagen rechtzeitig bereitzustellen. Die Erhöhung der Tarife für das Institut für Umweltmedizin seien aber aufgrund der Anzahl der Messungen, der verbesserten Technologien, sowie gestiegener Material- und Verwaltungskosten unumgänglich.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

Abbrucharbeiten beim Freudenuer Hafen

Den Abbruch von Gebäuden in der Freudenuer Hafenstraße zwischen der Seitenhafenstraße und dem Hafen Freudenu mit Kosten von 8,5 Millionen Schilling beantragte GR. STOCKINGER (SPÖ). Diese Abbrucharbeiten dienen dem Ausbau des Donaudammes für einen verbesserten Hochwasserschutz, kurzfristig soll auf diesem Gelände das 50. Welt-Caravan-Treffen stattfinden. Man habe mit der Auswahl dieses Geländes eine große internationale Veranstaltung für Wien gerettet, ohne die Donauinsel zu beeinträchtigen, sagte Stockinger.

GR. Mag. KABAS (FPÖ) begrüßte die Entscheidung von StR. HÄUPL, diesen Standort für das Caravan-Treffen auszuwählen. Diese Vorgangsweise sollte Schule machen. Kabas lobte ausdrücklich, das unkonventionelle und kooperative Vorgehen von StR. Häupl. Ursprünglich hätten rund 5.000 Kraftfahrzeuge vom 28. Juli bis zum 6. August ihr Treffen auf der Donauinsel in der Nähe der Steinspornbrücke abhalten sollen. Eine derartige Konzentration hätte zu einer großen Umweltbelastung geführt. Er, Kabas, habe dieses Problem erstmals zur Sprache gebracht, und obwohl 43 Teilnehmerstaaten bereits eingeladen worden waren, sei es nach einem Lokalaugenschein doch noch zu dieser guten Lösung gekommen.

GR. Erich HUBER (SPÖ) dankte seinem Vorredner für dessen Objektivität

Forts. von Blatt 850

Forts. auf Blatt 852

bei der Beurteilung der Entscheidungsfindung für den Standort des Caravan-Treffens. Er bezeichnete diese Vorgangsweise als beispielhaft für die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition in Wien. Huber verwies noch darauf, daß entgegen manchen Annahmen nie daran gedacht gewesen sei, den ursprünglichen Standort auf der Donauinsel nach der Veranstaltung zu einem Campingplatz zu machen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

Zubau Obdachlosenherberge Gänsbachergasse

GR. FAYMANN (SPÖ) stellte den Antrag zur Errichtung eines Erweiterungsbaues zur bestehenden Obdachlosenherberge in Wien 3, Gänsbachergasse 3, mit Gesamtkosten von 75 Millionen Schilling.

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) kritisierte die Vorgangsweise bei der Vergabe des Projektes. Auch bei einer freihändigen Vergabe müßten nach den Richtlinien mehrere Angebote eingeholt werden. In diesem Fall sei die Vergabe nur nach dem Angebot der Firma WIBEBA erfolgt. Der Auftrag widerspreche der Wiener Stadtverfassung, da für ein derartiges Vorhaben der Grundsatzbeschluß des Gemeinderates notwendig sei. Der zuständige Stadtrat Edlinger habe damit die Stadtverfassung gebrochen. Das Obdachlosenheim Gänsbachergasse widerspreche aber auch dem Konzept der für Soziales zuständigen Vizebürgermeisterin Smejkal. Auch die Bewährungshilfe habe sich gegen ein Massenquartier ausgesprochen. Für den Betrag von 75 Millionen Schilling hätte man mehr als 1.800 Substandardwohnungen für Obdachlose erwerben können.

GR. Dr. GOLLER (ÖVP) meinte, in der langen Zeit, in der er dem Gemeinderat angehöre, sei noch nie das Recht des Gemeinderates so untergraben worden. „Wofür gibt es Vergaberichtlinien, wenn sie nicht eingehalten werden?“ Eine derartige Vorgangsweise könne nicht toleriert werden. Bei der Debatte zum Bericht über die Grünlanddeklaration habe Vizebürgermeister Mayr ein Beispiel dafür verlangt, wo Grünland in Bauland umgewidmet worden sei. „Hier haben sie ein Beispiel; das Grundstück auf dem bereits Wochen vor dem Grundsatzbeschluß des Gemeinderates gebaut wird, ist seit 1985 als Grünland gewidmet, es gibt noch keine Umwidmung.“

GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) stellte fest, die Sozialisten hätten sich zum Ziel gesetzt, für die Schwachen Partei zu ergreifen, deshalb habe man sich für den Erweiterungsbau entschlossen. Diese Herberge sei für das Gesamtkonzept notwendig, um eine Resozialisierung der Obdachlosen zu ermöglichen. Nach dem Stufenplan gehe es darum, diese Angehörigen der Randschichten zunächst weg von der Straße, in Tageszentren, zu bringen, sie dann in der Herberge zu resozialisieren und schließlich mit Übergangswohnungen und -Wohngemeinschaften die Fähigkeit des Wohnens in eigenen Wohnungen anzupeilen.

GR. Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP) sprach sich für einen größtmöglichen Konsens zur Lösung des Obdachlosenproblems aus. Sie begrüße daher das SPÖ-Konzept zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft und stimme der Analyse des Grundproblems zu. Die Herberge dürfe nur eine Übergangslösung sein. Rauch-Kallat bemängelte, daß es zwischen der SPÖ und dem Sozialen Hilfswerk der ÖVP kaum Gespräche darüber gegeben habe und reklamierte auch die Gruppe GRUFT, die Bürgermeister Zilk zu Weihnachten als beispielhaft geehrt hatte, in die Arbeitsgemeinschaft. In diesen Bereichen müßten alle mitmachen, die dafür geeignet seien. Soziale Hilfe dürfe kein Monopol einer Gruppierung bleiben.

Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL (SPÖ) dankte der Vorrednerin für die Bereitschaft zur Mitarbeit und für die positive Einstellung gegenüber dem Konzept der SPÖ. Sie werde sich auch weiterhin mit vollem Engagement für sozial Schwache und für die Randgruppen einsetzen, auch wenn

Forts. von Blatt 851

Forts. auf Blatt 853

das in der Öffentlichkeit nicht immer Anklang finde. Das Rechenbeispiel von GR. Landauer, daß mit dem Geld der Herberge 1.800 Substandardwohnungen erworben werden könnten, wies Smejkal zurück. „Wir können diese nicht aus dem Ärmel schütteln.“ Die Arbeitsgemeinschaft sei jetzt ein erster Schritt, und sie schließe die Mitarbeit anderer Gruppen nicht aus. Sie nehme das Angebot, an diesem Konzept gemeinsam weiterzuarbeiten, dankend an.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erkundigte sich, warum dem Gemeinderat heute ein Projekt zur Abstimmung vorliege, an dem längst gebaut werde. Inzwischen wurden acht alte Kastanienbäume gefällt, doch den Gemeinderat habe niemand informiert. Es müsse auch seinen Grund haben, warum keine Notverordnungsbestimmung der Stadtverfassung angewendet und ein Auftrag in Höhe von 75 Millionen Schilling freihändig vergeben wurde. Dieser Weg der Vergabe sei ein Skandal, sagte Pawkowicz.

Stadträtin Christine SCHIRMER erläuterte, daß die Mittel für Frauenprojekte nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit bereitgestellt würden. Vielmehr habe sie in ihrem Beitrag zum Budget 1989 darüber berichtet. Auch Frauengruppen wüßten davon.

Stadtrat EDLINGER (SPÖ) erklärte, daß gemäß den Konzepten der ARGE „Bürger in Not“ ein Mehrstufenplan realisiert werden soll, der den teilweise sozial sehr schlecht angepaßten Menschen dienen soll, die in Obdachlosenheimen untergebracht werden müssen. Edlinger berichtete über die Schwierigkeiten der provisorischen Unterbringung „Im Werd“ und in der Gerhardusgasse und stellte fest, daß nach dem Provisorium Gerhardusgasse eine Alternative gefunden werden mußte, die noch vor der kalten Jahreszeit zur Verfügung stehen kann. Dabei war sowohl auf die Anliegen möglicher Anrainer als auch auf die der Stadt Wien zur Verfügung stehenden Grundstücke Rücksicht zu nehmen. Von dem Vorschlag, sozial Bedürftigen Wohnungen der Kategorie D zur Verfügung zu stellen, halte er, Edlinger, nichts, weil er es als politisches Ziel ansieht, daß die Menschen die notwendigste Infrastruktur vorfinden.

Es sei ihm klar, sagte Stadtrat Edlinger, daß der heutige Grundsatzbeschluß formal zu spät komme. Es habe aber keine andere Möglichkeit gegeben, das Projekt termingerecht fertigzustellen. Er bekenne sich zur Freihandvergabe und habe veranlaßt, daß ein unabhängiger Zivilingenieur Preise und Kosten prüft. Die Stadt Wien sei kein Risiko eingegangen, denn die WIBEBA habe das Risiko eines vorzeitigen Baubeginns vor dem Gemeinderatsbeschluß auf sich genommen. Daher habe auch keine Notkompetenz angewendet werden müssen. Das Projekt entspreche den Vorschlägen der ARGE, und unter den genannten Umständen sei er bereit, die gegen ihn erhobenen Angriffe zu akzeptieren.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Sachkredit U-Bahn-Stationen Gürtellinie

GR. HUMMEL (SPÖ) stellte den Antrag auf Erhöhung des Sachkredites für die Ausrüstung der bestehenden Stationen der Stadtbahn-Gürtellinie auf U-Bahn-Standard sowie die Renovierung im Stil Otto Wagners um 97 Millionen Schilling.

GR. PRINZ (FPÖ) lehnte den Antrag namens seiner Fraktion wegen Ungereimtheiten im Akt ab. Die Begründung der Überschreitung sei unbefriedigend. Die Kritik der FPÖ wende sich nicht gegen die Umrüstung auf U-Bahn-Standard und auch nicht gegen die Renovierung im Stil Otto Wagners, sondern gegen die desinformative Darstellung.

GR. HUFNAGL (SPÖ) verwies darauf, daß dieser Akt die letzte formalrechtliche Voraussetzung für die Umstellung der Gürtellinie auf U-Bahn-

Forts. von Blatt 852

Forts. auf Blatt 854

Betrieb sei. Die Ablehnung durch die FPÖ sei ihm unverständlich, da sowohl im Verkehrsausschuß als auch im Finanzausschuß keine Kritik daran geübt worden sei. In der Sitzung des Gemeinderates im März habe Stadtrat Hatzl den Antrag absetzen lassen, um eine neue Diskussion im Ausschuß zu ermöglichen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 17.35 Uhr geschlossen.
(Schluß) red

Forts. von Blatt 853